

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 64, Cindankstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

21. Januar 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftsbüro 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Beulu S.W. 64, Cindankstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 292-297.

Zahlen die Fürsten Steuern?

Widerspruchsvolle Erklärungen der Regierungsvertreter.

Der Rechtsausschuh beschäftigte sich heute zunächst mit der Frage, ob und inwiefern die früheren Fürsten Steuern gezahlt hätten und ob sie alte Steuerprivilegien in Anspruch genommen hätten.

Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums: Solche Privilegien sind von keinem Fürsten beansprucht und keinem gewährt worden. Dr. Rosenfeld (Soz.): Haben die Fürsten seit der Revolution alle in dieser Zeit ausgeschriebenen Steuern bezahlt?

Abg. Brodau (Dem.): Sind die Fürsten auch zum Rotopfer herangezogen worden?

Regierungsvertreter: Sie sind zu allen Steuern herangezogen worden, auch zum Rotopfer.

Vors. Kohl: Es sind also keine Tatsachen bekannt geworden, aus denen hervorgeht, daß irgendwelche Widerrechtlichkeiten vorgekommen seien.

Dr. Rosenfeld: Bezüglich des Coburger Fürsten sei behauptet worden, daß er Steuern nicht bezahlt habe.

Abg. Brodau: Der Herzog von Coburg hat die Aufwertung seiner Einkünfte verlangt. Sind auch seine Steuern aufgewertet worden?

Regierungsvertreter: Zu den Steuerzahlungen der einzelnen Fürsten kann ich nichts erklären, weil das unter das Steuergeheimnis (1) fällt. Pauschalierungen der Steuern sind vorgenommen worden.

Der preussische Vertreter: Auch für das Hohenzollernvermögen sind alle Abgaben entrichtet worden.

Abg. Neubauer (Komm.): Die allgemeinen Ausführungen reichen nicht aus, um unser Mißtrauen zu widerlegen.

Dr. Rosenfeld: Wir müssen bei allen Erklärungen über die Steuerzahlungen jedes einzelnen Fürsten verlangen, wenn unser Mißtrauen beseitigt werden soll. Die Verwertung des Steuergeheimnisses heißt dem Richter nur neue Fährten.

Abg. Brodau: Welcher Frage wegen des Coburger Fürsten ist der Regierungsvertreter aus dem Wege gegangen. Wir müssen konkrete Mitteilungen fordern.

Abg. Wegmann (Z.): Der frühere Herzog von Oldenburg soll Steuerfreiheit verlangt haben.

Regierungsvertreter: Über die einzelnen Fälle kann ich nicht Auskunft geben. (Bewegung.) Ich habe nur gesagt, daß mir nichts darüber bekannt ist, daß Steuerprivilegien geltend gemacht werden. (Widerpruch bei Sozialdemokraten und Kommunisten.)

Dr. Rosenfeld: Die erste Mitteilung des Vertreters der Reichsregierung hat uns irreführen müssen. Der Regierungsvertreter hat ursprünglich gesagt, daß kein Fürst Steuerfreiheit beansprucht habe. Jetzt aber sagt er nur, daß ihm nichts darüber bekannt sei. Unser Mißtrauen gegenüber der Steuerzahlung der Fürsten ist also nur gar zu sehr gerechtfertigt. Ich beantrage: Die Reichsregierung um eine schriftlich spezifiziertere Auskunft darüber zu ersuchen: 1. ob und inwieweit die einzelnen Fürsten Steuerfreiheit, insbesondere Reichsrotopfer, Vermögens- und Einkommensteuer, Zwangsanzicht, Brotverforgungsabgabe, Rhein- und Ruhrabgabe und Umwälsteuer bezahlt haben. 2. Ob und von wem früheres Fürsten Steuerfreiheit in Anspruch genommen worden ist.

Regierungsvertreter: Ich muß den Vorwurf zurückweisen, als ob eine Irreführung in Frage komme. Abg. Brodau: Die bisherigen Auskünfte genügen nicht. Wir brauchen die Beantwortung der Fragen, die Dr. Rosenfeld stellt. Ich frage außerdem: Sind von den Fürsten, zu deren Gunsten Gerichtsurteile ergangen sind, Steuernachzahlungen verlangt worden?

Vors. Kohl: Ich werde die Anträge und Anfragen an die Regierung weiterleiten.

Für die preussische Regierung erklärt ein Vertreter über den Braunschweiger Viderverkauf:

Die bisher sind weder mit Genehmigung des Oberpräsidenten von Hannover noch des preussischen Innenministeriums verkauft worden. Eine Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden ist überhaupt nicht erforderlich. Dem Verkauf eines Bades nach England hat der Oberpräsident von Hannover widersprochen, und der Innenminister hat den Widerspruch unterzogen. Nur mit Rücksicht auf den nahen Ablauf der Kunstschulordnung und auf Grund von Konzessionen der Vermögensverwaltung ist das Bild aus der Liste der zu schätzenden Bilder auf Anordnung des zuständigen Kultusministers gestrichen worden.

Der Ausschuh wendet sich nunmehr den bayerischen Verhältnissen zu.

Dr. Rosenfeld: Haben bayerische Fürsten Aufwertungsansprüche gestellt? — Der bayerische Vertreter: Zuerst Kapitalaufwertungen sind Aufwertungsansprüche nicht gestellt worden. Nur wegen einer verhältnismäßig untergeordneten Summe, die keine besondere Rolle spielt.

Dr. Rosenfeld: Wie hoch ist diese Summe?

Bayerischer Vertreter: Es handelt sich um das Verlangen einer Aufwertung auf die Summe von 18 000 Goldmark.

Dr. Rosenfeld: Diese Zahl genügt uns nicht. Wir müssen wissen, um wie viele Papiermark es sich handelte und welchen Goldwert diese Summe hatte.

Bayerischer Vertreter: Es handelte sich um 60 Millionen Papiermark, die einen Goldwert von 12 000 M. hatten.

Dr. Rosenfeld: Das bayerische Königshaus hat also immerhin eine Aufwertung von 150 Prozent verlangt. Das ist zwar nicht ganz so viel, wie andere Fürsten gefordert haben, aber immerhin doch weit mehr, als andere Opfer der Inflation erhalten haben.

Bayerischer Vertreter: Der Aufwertungsanspruch der bayerischen Fürstlichen Familie ist von der Regierung nicht anerkannt worden.

Abg. Brodau: Die bayerische Regierung hat uns schriftlich erklärt, daß sie eine reichsgesetzliche Regelung der Fürstenaufwertung als schweren Eingriff in die Rechte der anderen Länder betrachte und nachdrücklich ablehne. Gegen diese Aufwertung muß ich Widerspruch erheben, da ein Eingriff in die Rechte der Länder gar nicht beabsichtigt ist.

Bayerischer Gesandter v. Preger: Der Ausschuh des Rechtsweges und die Aufstellung besonderer Grundsätze für die Aufwertung gehen der bayerischen Regierung zu weit. Die Ordnung des Ver-

hältnisses zwischen den Ländern und ihren ehemaligen Fürsten ist eine staatsrechtliche Angelegenheit, die nicht durch Reichsgesetz erfolgen kann; es sei denn, daß man die Verfassung ändert.

Abg. Rißthofen: Wir wollen keinen Zwang auf die Länder ausüben. Hoffentlich ändert die bayerische Regierung nach ihre Stellung.

Dr. Rosenfeld: Die bayerische Regierung ist die einzige, die dem Rechtsausschuh des Reichstages nicht die Abschrift der mit den Fürstenaufwertungen abgeschlossenen Verträge vorgelegt hat. Wir müssen das verlangen. Außerdem müssen wir wissen, wie hoch der Wert ist, der dem bayerischen Königshaus übergeben wurde. Er wurde im bayerischen Landtag auf 100 bis 150 Millionen geschätzt.

Bayer. Gesandter v. Preger: Eine Verpflichtung zur Auskunftgebung über bayerische Verhältnisse können wir nicht anerkennen. Aus Courtoisie verweigern wir aber nicht die Auskunft. Aus den amtlichen Drucksachen des Landtages kann sich jeder informieren.

Bayerischer Regierungsvertreter Dr. Neumeier: Der Wert der Wittelsbacher Immobilien ist überhaupt nicht geschätzt worden, weil es im Jahre 1919 nur einen ganz lässigen Begriff des Geldwertes gab. Die unfruchtbare Arbeit einer genauen Werthstellung hat sich die Regierung erspart. Von 100 Millionen Wert kann keine Rede sein. Bei der Konfirmierung eines solchen Wertes waren also politische Gesichtspunkte maßgebend. Das Haus Wittelsbach ist dem Staat weit entgegengesunken.

Die Weiterverhandlung in der bayerischen Angelegenheit wird auf die Nachmittags-Sitzung vertagt. In dieser Sitzung erklärt nur noch der Vertreter des Reichsfinanzministeriums: Ich kann jetzt bezüglich der Steuerzahlung der Fürsten nähere Angaben machen, wenn ich auch auf den Coburger Fall des Steuergeheimnisses wegen nicht eingehen kann. Man muß zwei Gruppen von Steuern unterscheiden: 1. Rotopfer, Einkommensteuer für 1921/22, Zwangsanzicht, Vermögenssteuer für 1922 sind durch die Aufwertungsordnung und die Steuerreformordnung außer Hebung gesetzt. Eine nachträgliche Einziehung kann nicht mehr erfolgen. 2. Die auf Goldwert basierenden Steuern (Brotverforgungsabgabe, Rhein- und Ruhrabgabe, Vermögenssteuern 1923/24) müssen erhoben werden. Ein Anspruch auf Steuerfreiheit ist niemandem gewährt worden, auch nicht im Oldenburger Fall.

Der Ausschuh vertagte sich dann auf heute nachmittag 3 Uhr.

Zusammentritt des Reichskabinetts.

Das neue Reichskabinett tritt heute im Laufe des Nachmittags zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen, an der sämtliche Kabinettsmitglieder teilnehmen werden. Zur Beratung steht in erster Linie die Formulierung der Regierungserklärung, die Luther am kommenden Dienstag im Reichstage abgeben soll.

Die „Meuterei“ in der Marine.

Titmann spricht im Ausschuh über die Marineereignisse von 1917 und 1918.

Die Marineereignisse von 1917 und 1918 werden jetzt im vierten Unterausschuh des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über den Weltkrieg zur Erörterung gelangen. Morgen, Freitag, wird der Unterausschuh im Saal des Haushaltsausschusses früh 10 Uhr zu einer Sitzung zusammentreten, zu der sämtliche Abgeordnete Zutritt haben und auch die Presse zugelassen wird. Auf der Tagesordnung steht das Referat des Genossen Titmann. Man wird von diesem Referat, das auf sorgfältigem Studium des bisher noch ganz unbekanntem Aktenmaterials beruht, manche überraschend wirkende Aufklärung zu erwarten haben.

Völkerbundsaufnahme im März.

Verschiebung der Abrüstungskonferenz?

Genf, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Gegenüber den vielen Meinungen, die täglich über die Verschiebung der vorbereiteten Abrüstungskonferenz, die Teilnahme Australiens und Amerikas und die schweizerisch-russischen Meinungsverschiedenheiten durch die Welt schwirren, läßt sich die Sachlage wie folgt zusammenfassen: Mit einer Verschiebung der ersten Abrüstungskonferenz kann bestimmt gerechnet werden. Der neue Zeitpunkt ihres Zusammentritts dürfte im Zusammenhang mit der Festlegung der außerordentlichen Völkerbundsaufnahme für die Aufnahme Deutschlands festgelegt werden.

Die Anberaumung der Völkerbundsaufnahme hängt aber von der Annahme Deutschlands ab, die nunmehr, nachdem die neue Reichsregierung gebildet ist, bald erwartet wird. Erfolgt sie spätestens bis in die ersten Tage des Februar, so dürfte die Einberufung der Völkerbundsaufnahme etwa auf den 6. März stattfinden, den regelmäßigen Zeitpunkt der Märztagung des Völkerbundesrates.

Während der ganzen Dauer der Versammlungen, die kaum länger als eine Woche sein wird, dürfte auch der Rat in Genf verammelt bleiben, um nach der Aufnahme Deutschlands mit den deutschen Vertretern noch einige Konferenzen abzuhalten. Die Abrüstungskonferenz würde sich wenige Wochen später dann anschließen.

Stresemanns Pariser Reise.

Die seit der Londoner Unterzeichnungskonferenz angekündigte Reise Stresemanns nach Paris soll, dem Pariser „Journal“ zufolge, in der zweiten Februarhälfte stattfinden.

Die Not in Ost-Oberschlesien.

Zollkrieg und Bloßkurz.

Aus Ost-Oberschlesien wird uns geschrieben: In Deutschland wird die Wirtschaftskrise immer drückender und das Herr der Arbeitslosen vermehrt sich von Tag zu Tag. Trotzdem also der deutsche Arbeiter gerade jetzt tatsächlich nicht auf Rosen gebettet ist, so sollte er doch sein Interesse auch seinen Brüdern zuwenden, die ein unglückliches Geschick vom Deutschen Reich abgetrennt hat, die aber noch heute auf Grund besonderer staatsrechtlicher Verträge deutschen Gewerkschaften angehören. Dies ist bekanntlich durch den Genfer Vertrag für Polnisch-Oberschlesien möglich, wo noch viele Tausende von Arbeitern und vor allem auch Angestellte den deutschen Mutterverbänden angehören.

Die jetzigen wirtschaftlichen Ereignisse haben Polnisch-Oberschlesien besonders schwer getroffen. Die Grenze ist bekanntlich mit einer seltenen Rücksichtslosigkeit mitten durch blühendes Industriegebiet gezogen worden. Zusammenhängende Verwaltungen sind durchschnitten worden, so daß ein Teil der Werke auf der deutschen und ein anderer Teil auf der polnischen Seite liegt. Wohl wurde durch den Genfer Vertrag versucht, wenigstens für eine Übergangszeit die Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebietes zu erhalten. Seitdem aber seit Mitte dieses Jahres der deutsch-polnische Zollkrieg ausbrach, ist die Trennung nun eine vollständige. Die Folgen sind geradezu katastrophal. Der größte Teil der ostoberschlesischen Kohlen-, Eisen- und Zinnproduktion ging nach Deutschland. Noch bis zur Mitte dieses Jahres wurden zwei Drittel der gefördertten Tonnen Kohle nach Deutschland verschifft. Der Absatz in das Innere Polens war bisher nur ein sehr minimaler. Polen selbst hat um Dombrowa und um Krafau Kohlengruben, und im Osten des Landes wird im allgemeinen nur mit Holz geheizt. Wohl versuchte die ostoberschlesische Industrie den Kohlenabsatz nach dem Auslande mit allen Mitteln zu fördern, ohne allerdings bei der allgemeinen Absatzrückgang in der ganzen Welt für Kohle größere Erfolge zu haben.

Die fürchterlichen Folgen dieser Wirtschaftspolitik blieben nicht aus. Mehr als 70 000 arbeitslose Familienväter hungern auf den Straßen in den obereschlesischen Industrieorten. Diese Zahl ist ungeheuerlich, wenn man überlegt, daß die ostoberschlesische Bevölkerung noch nicht eine Million beträgt. Die Zahl ist auch um so schrecklicher, wenn man an den Kinderreichtum der obereschlesischen Familien denkt. Zu diesen 70 000 Familienväter gehören mindestens 210 000 Familienangehörige. Auch stellt die Zahl von 70 000 nur die amtlich registrierten Arbeitslosen dar, es gibt noch viele Tausende von Arbeitslosen, die nicht unter die staatliche Erwerbslosenfürsorge fallen.

Zu diesem Schrecken der Arbeitslosigkeit ist in der letzten Zeit noch ein weiteres schweres Unglück über Ostoberschlesien hereingebrochen. Das ist der katastrophale Bloßkurz. Man kann sich in Deutschland gar keinen Begriff machen, wie verheerend und demütigend gerade dies auf die Gemüter gewirkt hat. Man stelle sich nur vor, daß nach zweijähriger Stabilisierung die Wertemarke unter die Hälfte ihres Wertes sinken würde! Der letzte Ministerpräsident und gleichzeitige Finanzminister Grabki hat für die Stabilisierung des Bloßkurz ganz ungeheuerliche Opfer von den polnischen Wirtschaftskreisen in Gestalt von rigorosen Steuern und Vermögensabgaben gefordert. Speziell Oberschlesien wurde in dieser Hinsicht als besonders ertragreiche Kuh angesehen. Dieses Land hat einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz der polnischen Steuern aufbringen müssen.

Die Schwerindustrie hielt sich natürlich an ihren Arbeitern und Angestellten schadlos, ein unerhörter Lohn- und Gehaltsabbau wurde durchgeführt, so daß die Löhne und Gehälter in Ostoberschlesien noch niedriger sind als in Deutschland, wo doch tatsächlich das Einkommen des Arbeitnehmers auch sehr niedrig ist.

Alle diese Opfer sind nun umsonst gewesen! Die Regierung Grabki hat es wohl verstanden, die Einnahmen bis aufs Äußerste zu erhöhen, hat aber auf der anderen Seite vergessen, vor allem die Ausgaben einzuschränken. Allein der Militäretat verschlang bisher die Hälfte sämtlicher Einnahmen. Auch auf Oberschlesien dehnte man die Militärpflicht aus, trotzdem durch Beschluß des Ministerrats eine achtjährige Militärfreiheit für Schlesien garantiert war!

Alles dies nahm bisher die obereschlesische Bevölkerung mit einer merkwürdigen Ruhe auf. In anderen Gegenden Polens bleibt man nicht so ruhig. In Jawierze in Kongrepholen stürmten neulich die Arbeitslosen das Rathaus und hielten es drei Stunden besetzt, ehe die Polizei sie daraus wieder vertrieb. Vor einigen Tagen kam es dort zu erneuten Zusammenstößen.

Die polnische Verwaltung trägt das Ihre dazu bei, um sich nicht gerade sehr beliebt zu machen. Die Zollschikanen, die gerade jetzt an der deutsch-oberschlesischen Grenze ausgeübt werden, schreien zum Himmel. Entwürdigende förmliche Untersuchungen sind an der Tagesordnung. Kommt jemand mit einem Koffer über die Grenze und erregt er dadurch den Verdacht, daß er aus dem Innern Deutschlands ohne Paß kommt (nach Ostoberschlesien kann man nämlich mit Hilfe der Verkehrsliste hinüberkommen), so wird sein Koffer auf das peinlichste untersucht. Die Briefstafeln muß geöffnet werden und jeder Brief wird gelesen, um Anhaltspunkte für den Aufenthalt des Reisenden festzustellen. Das eine solche Untersuchung oft 20 Minuten dauert, und dadurch

der Reisende seinen Zug verfehlt, ist dem Zollbeamten gleichgültig. Gerade diese kleinlichen Zollschikanen reizen den Oberchlesier ganz besonders, der es bisher gemöhnt war, ohne Schwierigkeiten zu seinen Verwandten im anderen Teile Oberchlesiens hinüberzufahren.

Ein gutes haben diese traurigen Erfahrungen doch gehabt. Der Deutsche wird wieder als solcher anerkannt. Niemals war das deutsche Vereins- und Berufsleben so lebhaft wie gerade jetzt. Während früher in einzelnen verrufenen Orten sich kaum jemand traute, auf der Straße deutsch zu sprechen, so finden jetzt dort gut besuchte Feiern und Versammlungen statt. Aber auch das deutsche Gewerkschaftsleben blüht wieder auf, soweit man bei der katastrophalen Arbeitslosigkeit von einer Blüte überhaupt sprechen kann.

Verlegene Diktaturpolitiker.

Eine Diktatur zerfällt die Reichseinheit!

Während immer noch gewisse Kreise mit dem Gedanken einer Diktatur spielen, sind die lautesten Rufer im Streit neuerdings etwas stiller geworden. Die „Berliner Börsenzeitung“, die die Politik der „Wirtschafts-Gruppe“ vertritt und in überzeugter völkischer Treue die Propädeutik zum Nationalismus zu ziehen sucht, gehörte zu diesen lautesten Schreibern. Jetzt schließt sie eine längere Diskussion über die Diktatur mit Ausführungen, die festgehalten zu werden verdienen, weil sie zeigen, in wie leichtfertiger Weise diese Rufer im Streite bisher sich für die Diktatur eingesetzt haben. In dem heutigen Leitartikel des genannten Blattes heißt es wörtlich:

Es sei angenommen, ein Diktator, etwa nach dem Stil Russlands, käme in Deutschland hoch oder nähme die Gewalt an sich und schloß das ganze Volk so straff zu einer nationalen Einheit, die gleichmäßig schlagfertig gegen außen und innen ist, zusammen, wie wir das in Stalin vor uns sehen. Aller Voraussicht nach würde doch bei unseren bis an die Zähne bewaffneten Nachbarn die größte Beforgnis entstehen und der Entschluß gefaßt werden, jeder möglichst, von Deutschland her kommenden Gefahr gründlich vorzubeugen. Es wäre also mit einem rücksichtslosen Eingreifen zum mindesten Frankreichs und seiner Balkanstaaten zu rechnen. Würde dann ein Diktator sich in Deutschland halten können, selbst wenn eine große Mehrheit hinter ihm stände? Würde er gegen politische und wirtschaftliche Repressalien Frankreichs und Englands die materielle Lage bessern können? Würde Mussolini den Faschismus in der Herrschaft erhalten können, wenn z. B. England und Frankreich eine wirtschaftliche oder gar direkt maritime Blockade gegen Italien durchführen würden?

Man wird doch wohl christlicher Weise als diese Fragen mit Nein beantworten müssen.

Man sieht, Diktaturpolitiker verstehen es glänzend, abzuschreiben, wen sie in Verlegenheit sind. Dieses Argumente, die hier als Beweismittel gegen eine Diktatur angeführt werden, bestimmen und bestimmen bisher den ganzen außenpolitischen Kurs der deutschen Republik. Die Männer, die ihn leiteten, wurden deshalb von der reaktionären Meute als Landesverräter angebeißt. Jetzt ist es die Rücksicht auf das Ausland, die die überzeugten Anhänger der Diktatur veranlaßt, ihre Auffassung zu verfeuern. Man wird sich das merken müssen. Es kommt aber noch besser:

Ferner: Gibt es jemand bei uns, der wirklich glaubt, daß gegenwärtig in Deutschland ein Mann, und sei er der allerfähigste, mächtigste und ein politisches Genie ohne Gleichen, hervortreten, sich zum Diktator ausrufen und etwa übermorgen oder in einer Woche oder in zwei, drei Monaten die Macht fest in Händen haben könnte, daß ein in Berlin auftauchender Uebermensch sofort auch in München, Stuttgart, Karlsruhe, Dresden, Hamburg, Königsberg, Stettin, Breslau usw. Erfolg haben würde?

Notenschrei der Wissenschaft.

Die Kaiser-Wilhelm-Institute zur Förderung der Wissenschaft hatten Vertreter der Presse zur Besichtigung ihrer Institute in Dahlem eingeladen. Es war ein glücklicher Gedanke, die Öffentlichkeit auf diese Forschungsstätten hinzuweisen, deren stille und intensiver Arbeit für Deutschlands Wirtschaft und wissenschaftlichen Aufschwung von Bedeutung ist.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist vor fünfzehn Jahren mit dem Ziel gegründet worden, Männern der Wissenschaft — im Gegensatz zu den Universitätsinstituten — Gelegenheit zu geben, ihren Forschungen unabhängig von Lehrverpflichtungen zu leben. Bekanntlich war dieser Gedanke schon in Amerika, England, Frankreich und Schweden früher als in Deutschland in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Es entstanden in kurzer Folge 25 Institute. Von diesen dienen die einen theoretischer Wissenschaft: die Institute für Chemie, für physikalische Chemie, für Physik, für experimentelle Therapie und Biochemie, für Biologie, für Arbeitsphysiologie, für Hirnforschung, die deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie in München und die Aerodynamische Versuchsanstalt in Göttingen. Den zweiten Typus stellen Institute dar, die ihre Aufgabe darin sehen, die für die deutsche Industrie wichtigsten Rohstoffe chemisch-biologisch zu untersuchen. Die Mittel für diese Institute hat die deutsche Industrie bereitgestellt. Die Geldbörsen hatten die Erkenntnis geöffnet, daß aus der Arbeit der Institute eine rationelle Ausnutzung des meistverwendeten Materials sich ergeben würde. Die Leiter dieser Art von Forschungen behalten der Industrie gegenüber ihre völlige Unabhängigkeit. Die Direktoren sind vom Staat angestellt. Am bekanntesten sind die Institute für Kohlenforschung in Mülheim und in Breslau, für Eisenforschung in Düsseldorf, für Metallforschung in Lichterfelde und für Lederforschung in Dresden.

Die Gesellschaft verfügte vor dem Kriege über ein Vermögen von 15 bis 20 Millionen Goldmark, das bis auf einen winzigen Rest durch die Inflation verloren gegangen ist. Sie erfuhr vom Reich und den einzelnen Ländern nach dem Krieg eine Unterstützung, die aber heute nicht ausreicht, die Institute vor einer Gefahr zu bewahren: sie drohen zu verfallen. Augenblicklich ist es ihnen schon nicht mehr möglich, mit den reich ausgestatteten Forschungsstätten in Amerika in Wettbewerb zu treten. Die wissenschaftliche Führung hat Deutschland bereits verloren. Selbst in einem wirtschaftlich so armen Lande wie Frankreich ist für die Wissenschaft scheinbar mehr Verständnis und daher mehr Geld vorhanden als im Deutschen Reich, das neben anderen Sorgen auch noch die Geldsorgen seiner emeritierten Fürsten zu tragen hat. Da sich fast alle prächtigen Forschungsinstitute durch eine demeritenswerte Zurückgebliebenheit auszeichnen, wäre es sehr zu wünschen, daß Länder und Reich sich mehr als bisher um die Wissenschaft kümmern, deren Arbeit ja schließlich dem Volksganzen zugute kommt.

Die Kaiser-Wilhelm-Institute scheinen trotz des Namens, an dem sie ebenso wenig Schuld haben, wie jeder Sterbliche an seinem eigenen, eine höchst erfreuliche gedankliche Einstellung zu besitzen. Der Hauptwunsch der Gesellschaft besteht darin, eine Stätte für eine wissenschaftliche Gelehrte zu besitzen, an der diese mit den Deutschen

Nach diese Fragen dürften christlicher Weise mit Nein beantwortet werden müssen.

Mit anderen Worten: Jeder Versuch einer Diktatur ist ein Schlag gegen die Reichseinheit! Auch hier plappert die „Börsenzeitung“ nur das nach, was sie bisher zu bestreiten suchte, was jedoch die stärkste Begründung für die Notwendigkeit der Demokratie in Deutschland ist.

Es gehört nun schon einige Courage dazu, im Anschluß an solche Feststellungen eine Art „legale Diktatur“ zu fordern, nämlich ein Beamtenkabinett, das den Reichstag befragt, wenn es ihm paßt und sich um die Volksovertretung den Teufel kümmert, wenn diese etwas anderes beschließt, als es den Herren Beamten von Gottes Gnaden gefällt. Das deutsche Volk ist genug politisch aufgeklärt, um sich eine solche verkappte Diktatur nicht lange gefallen zu lassen. Und wenn es wirklich dazu kommen sollte, so wird der Unverstand und die Anmaßung der Reaktionsäre schon dafür sorgen, daß ein solches System in kürzerer Zeit, als es zu seiner Aufrichtung bedurfte, abwirtschaftet.

Die Partei der Arbeiter.

Nach kommunistischem Urteil: Die Sozialdemokratie.

Je schweigsamer die „Rote Fahne“ über die Vorgänge im eigenen kommunistischen Lager ist, je hartnäckiger sie es vermeidet, auf die Wandlung der russischen Politik einzugehen, desto eingehender beschäftigt sie sich mit der Sozialdemokratie. Dabei kann man einen erfreulichen Wandel des Urteils konstatieren. Früher war die Sozialdemokratie nach kommunistischer Meinung eine Partei, in der die Bonzen das große Wort führen und in der die Arbeiter nichts zu sagen haben. Die schlimmste Krummentammer veralteter Bonzen war immer der sozialdemokratische Parteiaussschuß, der war noch schlimmer als die „Vorwärts“-Redaktion. Jetzt ist das besser geworden. Die Arbeiter haben jetzt in der Sozialdemokratie nach kommunistischer Meinung einen Erfolg nach dem anderen. Die große Koalition ist nicht zustande gekommen, denn die sozialdemokratischen Arbeiter haben sie verhindert. Die Fürstenenteignung wird beschloffen, weil die sozialdemokratischen Arbeiter es verlangt haben. Die Bonzen haben überhaupt nichts mehr zu sagen. Es ist eine Lust, zu leben! Wie wohlthuend muß es gerade die Kommunisten berühren, zu sehen, daß es doch noch eine Partei gibt, in der die Arbeiter und nicht die Bonzen das große Wort führen. Die Kommunisten werden dabei nicht umhin können, für ihre eigene Partei gewisse nachteilige Parallelen zu ziehen. Dort haben nicht einmal die eigenen Bonzen etwas zu vermelden, dort ist das Effi allmächtig, und wie man aus den russischen Debatten hat entnehmen können, dieses Effi muß hin- und herwanken nach den Wandlungen der russischen Innenpolitik. Die deutschen Arbeiter sind jedenfalls die allerletzen, die auf die Politik der SPD. auch nur den geringsten Einfluß haben. Sollte nicht doch der eine oder andere Kommunist daraus die richtige Konsequenz ziehen, daß er lieber einer Partei angehört, in der die Arbeiter wirklich etwas zu sagen haben? Wenn die „Rote Fahne“ es selbst nun beschneigt, daß in der Sozialdemokratie das der Fall ist, wozu dann noch zaudern. Also: Fort mit der Zerstückelung, hinein in die Partei der Arbeiter, in die Sozialdemokratie!

Was will Albert Thomas in Berlin?

Er will den Bolschewismus einführen!!

Schredliche Dinge gehen vor. In der „Deutschen Zeitung“ liest man es: Albert Thomas ist in Berlin und die arme „Deutsche Zeitung“ wehrt sich vor Angst um Deutschlands bedrohtes Schicksal nicht mehr zu halten. Wenn Albert Thomas nach Berlin kommt, dann hat er selbstverständlich irgendeine juchzende Gemeinheit gegen das arme deutsche Volk im Schilde. Da die „Deutsche Zeitung“ mangels geeigneter Beziehungen nichts genaueres nicht weiß, so traut sie in ihrem Geschichtsarchiv. Albert Thomas ist bekanntlich während des Krieges 1917 als französischer Minister in Rußland gewesen. Der frühere Reichsminister Frankreichs in Peters-

zusammen arbeiten können. Hier ist erwähnenswert, daß sich unter den 66 im Institut für physikalische Chemie arbeitenden Herren 26 Ausländer befinden. Einerseits will die Gesellschaft ihren Dank für die anerkannte Bereitwilligkeit ausdrücken, mit der deutschen Wissenschaftlern im Ausland geholfen wird. Andererseits erhofft sie aus einer solchen gemeinsamen Arbeit mit Recht erheblichen Nutzen. Es würde zum Beispiel vermieden werden, dieselbe Problem an zwei — in verschiedenen Ländern gelegenen — Stätten zu bearbeiten. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft steht hier in wohlwollendem Gegensatz zu anderen wissenschaftlichen Korporationen. Vor kurzem wurde einer amerikanischen Vertretungskommission die Besichtigung deutscher Kliniken offiziell verboten.

Die Besichtigung der einzelnen Institute machte mit einer Fülle von Problemen bekannt. Hier können nur einige herausgegriffen werden. Prof. Warburg arbeitet über den Chemismus in der lebenden Zelle und über Krebsgeschwülste. Er untersucht die wichtige Frage, warum Krebszellen den normalen Gewebezellen überlegen sind. Prof. Hartmann beschäftigt sich mit der Frage der Befruchtung, des Todes und des Alterns. Dr. Rangold mit der Frage, wie es kommt, daß aus dem einzelligen Ei sich ein komplizierter Organismus aufbaut. Fräulein Prof. Reitner hat sich die Untersuchung der modernen Atomtheorie zur Aufgabe gemacht. Die Erklärung der Arbeit jedes einzelnen Gelehrten würde den hier zur Verfügung stehenden Raum weit überschreiten. Jedenfalls nahmen alle Besucher neben der Hochachtung vor wissenschaftlicher Arbeit die Ueberzeugung mit, daß die Kaiser-Wilhelm-Institute nicht durch Mangel an Geldmitteln verkümmern dürfen.

Kirchstraße 9.

Der Mensch steht und klagt. Ein sinnloses Schicksal hat ein Haus seiner Stadt gespalten, zerschmettert — in wenigen Sekunden ist das Werk von Generationen vernichtet, ein kindlich-teuflisches Spiel hat gehaust und Entsetzen ausgehäutet.

In Mauern steht das Mißdeh ringsum und die Reugier. Die Straße, die Stadt, die Zeitung haben ihre Sensation. Für eine Weile — dann sind die Trümmer fortgeräumt und die Toten begraben. Bald wird von den Unbeteiligten alles vergessen sein.

Hat einer von den Tausenden aber, die vor den grössten Resten der Verwüstung, vor den Wüsten und Zellen der Berichte standen, einen Augenblick daran gedacht, daß dieses Schicksal vom Menschen gewollt sein kann und hundertsach in gleicher Weise und viel schlimmer noch bewußt entsetzt wird. Haben dieselben Leute, die mit Grauen die Minuten des Schredens jetzt nachzufühlen imstande sind, nicht befriedigt die Heeresberichte des Weltkrieges?

„Unser tapferer Flieger belegte die Orte I. und V. erfolgreich mit Bomben —“

ohne sich Einzelheiten dabei auszumalen? In der Mitte Deutschlands, besonders in allen „Kladderadatsch“-Redaktionen, las sich das so schön. Aber draußen, in Belgien, in Frankreich, in Rußland, auf dem Balkan, ja im Elbisch usw. spielte jahrelang täglich: Kirchstraße 9!

burg, Velenogor, der aber ihn nicht sehr erbaunt war. Jed in seinem Memoiren eine Darstellung gegeben, nach der Albert Thomas das Verbrechen begangen hat, die russischen Sozialisten und die Kerenski-Regierung moralisch zu sehr unterstützt zu haben. Albert Thomas war also ein Schrittmacher der Sowjets, denn die Kerenski-Regierung stützte sich bekanntlich auf die Sowjets. Wenn Thomas nach Deutschland kommt, hat er natürlich dieselbe gemeine Absicht. Die Sowjets wurden bolschewistisch, in Deutschland wird das auch der Fall sein. Also ist erwiesen, daß Albert Thomas den Bolschewismus in Deutschland vorbereiten will!

Es ist wirklich ein Glück, daß das deutsche Vaterland noch über ein so patriotisches Organ wie die „Deutsche Zeitung“ verfügt. Sonst müßten wir ja gar nicht, in welcher juchzenden Gefahr wir schweben. Unser Gebädinis ist ja ohnehin so kurz und deswegen ist auch der „Deutschen Zeitung“ wohl ganz erlangend, daß die Bolschewisten eigentlich durch Ludendorffs plombierte Waggons nach Rußland gekommen sind. Ludendorff wäre also eigentlich genau so schuldig an der Entwicklung, wie Albert Thomas. Aber das ist eine Sache für sich. Jetzt gilt es, das Vaterland vor diesen gemeinen französischen Gistmischern zu retten. Heil der „Deutschen Zeitung“, Sie hat uns rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht!

Die Thüringer Reaktion.

Rückwärtsredigierung der Gemeinde- und Kreisordnung.

Weimar, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus der in den letzten Tagen von der Thüringer Ordnungsregierung dem Landtag vorgelegten neuen Gemeinde- und Kreisordnung erfahren wir, daß das Wahlalter vom 20. auf das 25. Lebensjahr heraufgehoben werden soll. Das Bestätigungsrecht für die Gemeindevorsteher und Beigeordneten soll wieder eingeführt werden. In den Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern soll der Bürgermeister den Vorsitz in dem Gemeinderat ohne Stimmrecht erhalten, und durch Ortsgefes will man darüber hinaus sogar bestimmen, daß der Bürgermeister stimmberichtig ist. Ferner soll die Amtsdauer der Gemeinde- und Stadträte von drei auf vier Jahre heraufgehoben und das Aufsichtsrecht der Regierung in unerhöhter Weise erweitert werden.

Der Kampf gegen die Schulreaktion.

Gründung weltlicher Schulen in Braunschweig.

Braunschweig, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Als vor Monaten der Kultusminister Marquardt seinen bekannten Erlass herausgab, verurteilte er eine Anzahl freigeistiger Organisationen die bisher bestehende Gemeinschaftsschule als unzulässig. Leider verurteilte nicht nur die Demokratische Partei, sondern auch der Landeslehrerverein, der noch kurz zuvor eine Entschloßung gegen den Reichsschulgesetzentwurf losgelassen hatte. Unter diesen Umständen wurde der Kampf um die Gemeinschaftsschule aussichtslos. Um die besonders in Braunschweig zahlreichen vom Religionsunterricht befreiten Kinder vor der Bergewallung in der Bekennerschule zu bewahren, schritten die Anhänger der freien Schulen nun zur Gründung eines weltlichen Elternbundes. Seit wenig Wochen ist dieser Bund in der vorbereitenden Arbeit begriffen und schon sind in der Stadt Braunschweig weit über 1500 Anmeldungen zu verzeichnen. Der Antrag auf Einrichtung weltlicher Schulen ist nun gestellt. Braunschweig wird infolgedessen zu Ostern 1926 zweifellos die ersten weltlichen Schulen errichten.

Luppe's Segner.

Ein Verweis für völkische Stadträte.

Nürnberg, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Disziplinarkammer des Oberlandesgerichts hat die beiden nationalsozialistischen Stadträte Strehler und Holz mit einem Verweis bedacht, weil sie in dem von ihnen herausgegebenen Standsblatt „Der Sturm“ mehrfach gegen die ihnen obliegende Pflicht zur Amtsverschwiegenheit verstoßen hatten, indem sie Nachrichten aus vertraulichen Sitzungen der Ausschüsse des Stadtparlaments in die Öffentlichkeit brachten.

Und wie viele von denen wollen weiter Schicksal machen und Zerstückelungsmittel schaffen, damit immer wieder gedroht wird: Kirchstraße 9. (Aber bitte nicht bei ihnen selbst!)

Willibald Krahn.

Aus Maxim Gorkis Bäckerei. Wie aus dem Bäckereijungen Alexej Maximowitsch Bjeschlow der berühmte Schriftsteller Maxim Gorki wurde, erzählt eine italienische Zeitschrift an Hand der Aufzeichnungen eines gewissen Fedorow, der als Offizier in einem Regiment, das in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts seinen Standort in Kasan hatte, in den radikalsten Jungmännerklub der Stadt zu verkehren pflegte. Als Versammlungsort zahlreicher Jünglinge diente die Wohnung eines gewissen Andrej, der die Arbeiter und die Studenten, die zu ihm kamen, mit Büchern zu versorgen pflegte. Einer der fleißigsten Besucher dieser Versammlungen war der Bäckereijunge Alexej Bjeschlow, der sich bald durch seine ungewöhnliche Intelligenz und durch den Eifer, mit dem er sich an den Debatten beteiligte, bemerkbar machte. Fedorow beschloß eines Tages, den Jungen etwas lernen zu lassen. Er gab einem Studenten den Auftrag, ihn in die Geheimnisse des Lesens und Schreibens einzuführen, und der kleine Junge machte schon nach kurzer Zeit riesige Fortschritte, so daß die Mitglieder des Klubs, um ihm das Weiterlernen zu erleichtern, eines Tages den Beschloß faßten, ihm auf ihre Kosten mitten in der Stadt ein kleines Bäckergeschäft zu eröffnen. Bjeschlow nahm das dankbar an und suchte sich der unabhängigen Stellung, die man ihm verschafft hatte, würdig zu erweisen: zu jeder Klub Sitzung brachte er für seine Freunde und Gönner selbstgebackenes Brot mit. Eines schönen Tages aber ging er mit einer kleinen Geldsumme, die er sich zusammengespart hatte, aus Kasan durch, um sich nach seiner Vaterstadt Nischni Nowgorod zu begeben. Hier begann er dann sein berühmtes, von ihm selbst so anschaulich geschildertes Landstreicherleben. Zehn Jahre später veröffentlichte die russische Zeitung „Kawkaz“ seine erste Novelle. . . . Es mag noch erwähnt sein, daß Gorki vor seiner Schriftstellerzeit nicht bloß Bäckereijunge gewesen ist, sondern noch mancherlei anderes, wie Schuhmacherlehrling, Gärtner, Schiffsoch, Holzstecher, Bäckertreger, Bahnwärter, Schreiber in einem Anwaltsbüro usw. 1888 brachte ihn der innere Widerspruch seiner Lage zu einem Selbstmordversuch.

Lanzmalloe Kar Terpis im Theater am Börsenplatz. Bei der 2. Vorstellung der „Kaiserin“ am Sonntag, den 24. Jan., vorm. 11^{1/2} Uhr, bringt Max Terpis zusammen mit einer Langgarter der Staatsoper die 1. Vorstellung und eine Reihe von Kammerungen zur Vorbereitung. Einlaßkarten 1 Mark.

Kleines Theater. Die Premiere von An-Sis „Tydnal“ (Der Dämon) findet am Montag, dem 25., um 7 Uhr statt.

Das erste Wiederauftreten von Jettie Quilbert findet am Sonntag, dem 21., nachmittags 3 Uhr, im Theater am Raststättenmarkt statt. Frau Quilbert singt u. a. „Oest lo Mai“, „Malborougn“, „Ecoutez jeunes filles“, und „La Glo“.

Preiseball. Die Gartenabgabe für den Preiseball, der am Sonnabend, den 20. Januar, in sämtlichen Räumen des Hauptrestaurants Zoologischer Gärten stattfinden soll, beginnt am Montag, den 25. Januar. Die Karten werden bei Einführung durch ein Mitglied des Vereins nur im Zoologischen Garten, Eingang Tierpark, in der Zeit von 10 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags ausgegeben, wo auch Billets belegt werden können.

Der Sozialetat im Reichstag.

Die Sozialdemokratie für die Kurzarbeiter.

Der Reichstag trat heute schon um 12 Uhr zusammen, um die Reste des Etats für 1925 zu erledigen. Man hält beim Kapitel Reichsarbeitsministerium. Die Aussprache beginnt mit einer Rede des Abg. Kädel (Komm.), der die Passivität des Amtes beklagt. Abg. Simon (Franken) (Soz.) weist auf die Lage der Kurzarbeiter hin, die vielfach nur 24 Stunden in der Woche arbeiten und oft weniger verdienen, als was den Arbeitslosen an Unterstützung gezahlt wird. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, auch die Kurzarbeiter zu unterstützen.

Ein Locarno des Nordens.

Skandinavische Friedenspolitik.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben:

Im Dezember vorigen Jahres wurde zwischen Schweden und Norwegen ein Schiedsvertrag abgeschlossen, dem jetzt die Unterzeichnung einer ähnlichen Vereinbarung zwischen Schweden und Dänemark gefolgt ist. Am Sonnabend haben auch Norwegen und Dänemark einen Schiedsvertrag vereinbart, so daß jetzt die drei alten skandinavischen Staaten in ihren nachbarlichen Beziehungen durch außerordentlich umfassende Schiedsgerichtsabkommen verbunden sind. Gewiß hat dieser skandinavische Schiedsvertragsbau nicht die Bedeutung eines Schiedsvertrages zwischen Großmächten oder eines Vertrages der Balkanstaaten bzw. Osteuropas. Die Gefahr eines Krieges zwischen den skandinavischen Staaten ist seit 1905 mehr als unwahrscheinlich, ihre gegenseitigen Grenzen sind unbestritten und die einzige Streitfrage zwischen Norwegen und Dänemark über den Zugang zur Grönland würde in Zukunft auch ohne Schiedsvertrag ein Objekt friedlicher Auseinandersetzung geblieben sein. Immerhin ist die absolute Bindung der drei Staaten an Schiedsgerichtsverfahren und die Ausschaltung jeder Art von Waffengewalt, die in allen diesen Verträgen ausdrücklich gefordert wird, erfreulich als Symptom für den Fortschritt der Völkerverständigung.

Man hüte sich aber, in diesen Verträgen einen neuen „Skandinavismus“, einen ersten Schritt zum Zusammenschluß unter der einen oder anderen Form der drei Staaten zu sehen. An einen solchen Zusammenschluß denkt man in Skandinavien heute weniger als je. Man ist sich bewußt, daß hierzu weder die notwendige wirtschaftliche Basis vorhanden ist noch das außerordentlich nationale Selbstbewußtsein der drei Völker die Beugung unter eine gemeinsame Regierung zuläßt.

Diese Absonderung und Zurückhaltung von allzu engen Bindungen spielt eine aktuelle Rolle in dem Verhältnis der alten skandinavischen Staaten zu dem neuen vierten, zu Finnland. Seit der Einleitung der Schiedsvertragsverhandlungen unter den alten skandinavischen Staaten ist das Verhältnis zu Finnland nicht aus der Diskussion der dänischen, norwegischen und schwedischen Tagespresse verschwunden. Die Haltung der drei Staaten zu Finnland aber ist nicht einheitlich. Böhlig hält sich z. B. Norwegen zurück, das sich ausschließlich auf ein gutes vertragliches Verhältnis zu Schweden und Dänemark beschränkt. Schweden wieder befürchtet eine Festlegung zugunsten Finnlands gegen Rußland, während für Dänemark eine solche Festlegung überhaupt undiskutabel ist, da Finnland außerhalb der Kreise liegt, für die Dänemark größeres Interesse hat. Dänemark hat im Juni 1924 mit Finnland die Errichtung einer „Schiedskommission“ vereinbart, der alle Streitigkeiten zwischen Dänemark und Finnland vorzulegen sind, ohne daß ihre Entscheidung über ohne weiteres bindend für die beiden Staaten ist. Wahrscheinlich wird Dänemark, vielleicht auch Schweden, in der nächsten Zeit einen Schritt weiter gehen und mit Finnland ein Schiedsgerichtssystem in festeren Formen vereinbaren.

Darauf kommt es aber Finnland wenig an. Ernsthafte Zwistigkeiten zwischen Finnland und den übrigen skandinavischen Staaten sind kaum zu erwarten. Der vor einiger Zeit bekanntgewordene Vorschlag eines „Offsee-Locarno“ zeigt, worauf es Finnland ankommt: auf eine Garantie seiner gegenwärtigen Grenze gegen Rußland, auf ein Bündnis zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit. Die Gefahr einer russischen Revanche ist das beherrschende Problem der finnischen Politik. Aber dieses Problem können und wollen die alten skandinavischen Staaten nicht lösen — von einer kleinen Strömung in der schwedischen Politik abgesehen. Weder können Dänemark, Schweden und Norwegen einzeln oder vereint mit Waffengewalt etwas gegen Rußland ausrichten, noch wäre es einer Regierung in den drei Ländern möglich, parlamentarische Zustimmung für einen Vertrag, der Waffenhilfe gegen Rußland einschließt, zu erreichen. Dazu kommt, daß Schweden wie Dänemark aus wirtschaftlichen Gründen an einem gutnachbarlichen Verhältnis zu Rußland interessiert sind, während Norwegen, wie schon gesagt, dem Offseegebiet und seinen politischen Fragen völlig gleichgültig gegenübersteht.

Es ist also begrifflich, wenn das neue skandinavische Vertragswerk die Frage der Südgrenze Finnlands, überhaupt die Frage der Sicherung der Randstaaten oder der Befreiung der Offsee unberührt läßt. Diese Einschränkung aber gibt den skandinavischen Verträgen soviel an höherer innerer Geltung und Wirkung, als sie ihre Bedeutung in der Weltpolitik vermindert.

Locarno-Debatte in Belgien.

Einmütige Annahme in der Kammer.

Brüssel, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch fand eine große Kammerdebatte über den Vertrag von Locarno statt, an der die früheren Außenminister Jaspar und Symons teilnahmen, ferner der Völkerverbandsdelegierte Van Cauwelaert und Außenminister Vanderveelde. Abgeordnete der flämischen Frontpartei warfen bei dieser Gelegenheit die Frage der Neutralität Belgiens auf und verlangten Auskunft über das belgisch-französische Militärabkommen. Vanderveelde antwortete, daß die belgische Neutralität durch den Krieg hinfällig geworden sei und daß sowohl der Vertrag von Versailles wie der von Locarno stillschweigend den neuen Zustand anerkennen. Belgien sei mit gleichen Rechten und Pflichten Mitglied des Völkerverbundes und müsse seine Sicherheit mit anderen Mitteln als dem der Neutralität schützen. Was das französisch-belgische Militärabkommen von 1921 betrifft, so sei es ein reiner Defensivvertrag und durchaus vereinbar mit dem Vertrag von Locarno. Das Abkommen sei übrigens veröffentlicht und beim Völkerverbund angemeldet, ausgenommen natürlich die rein technischen Abmachungen zwischen dem belgischen und französischen Generalstab zur Durchführung des Vertrages, der aber keinerlei Bindung erhalte, sondern beiden Regierungen völlige Freiheit darüber lasse, ob der Vertrag gegebenenfalls in Wirkung tritt oder nicht.

Der Vertrag von Locarno wurde von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten gutgeheißen.

Wirtschaftskrise und Erwerbslosigkeit.

Die Not der jugendlichen Arbeiter.

In einer Mitgliederversammlung der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlin in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums in der Kochstraße sprach der Vorsitzende des Zentralverbandes der Angestellten, Genosse Gottscho, über das Thema „Wirtschaftskrise und Erwerbslosigkeit“.

Die große Aula war dicht gefüllt, als der Vorsitzende Diederichs die Veranstaltung eröffnete. Gottscho zeichnete eingangs seiner Rede ein Bild der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation und betonte, daß es Wirtschaftskrisen solange gegeben habe und geben werde, als das kapitalistische Wirtschaftssystem existiere. Die Symptome dieser Krisen seien allerdings verschiedene. Das gleichsam Tragische der jetzigen Krise bilde ihre in gewisser Beziehung örtliche Beschränkung. Sie sei mitteleuropäisch begrenzt, während in anderen Staaten eine konjunkturelle zur erheblichen Steigerung des Warenabflusses geführt habe, so in Frankreich. Die Unternehmenskonzerne sind verhältnismäßig ungebrochen, die deutschen Unternehmungen sind noch finanziell so stark, Aufträge abnehmen zu können, da sie sich auch ohne sie zu halten vermögen. Der Unternehmer operiert im allgemeinen mit dem Schlagwort vom fehlenden Betriebsmaterial. Das ist für gewöhnlich eine Ausrede. Eine intensive Hebung der Beschäftigung der Industrie kann erst eintreten, wenn das gegenwärtige schlechte Zollsystem guten Handelsverträgen gemichen ist. Die Auswirkungen des Zollsystems sind überaus katastrophal. Die Inflationszeit hat uns eine Ueberbürdung mit überflüssigen und hemmenden Betrieben gebracht, die nur verunsichernd wirken und Schädlinge darstellen. Hier ist ja nun ein unfreiwilliger Abbau erfolgt. Die daraus resultierenden Konkurrenzverhältnisse naturgemäß die Arbeitslosigkeit in erschreckendem Maße. Der Industrie steht streng darauf, daß das sogenannte Betriebsverhaltenskonto die Existenz seines Unternehmens sicherstellt. Das Existenzverhaltenskonto des Arbeiters, Angestellten und Beamten erscheint ihm aber vollständig gleichgültig. Es muß die Steigerung der Kaufkraft durch Herabsetzung der Preise und die Befestigung des Schutzollsystems gefordert werden. Gottscho gab sodann ein Bild der schmerzlichen Arbeitsnot in Berlin und betonte, daß die Reichshauptstadt zurzeit 22—24000 jugendliche Arbeitslose habe. Auf einem örtlichen Stellennachweis seien am 1. Januar 1925 von 1400 Arbeitslosen 424 Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren gewesen. Dieser erschütternde Prozentsatz stelle die zuständigen Behörden vor die dringlichsten Aufgaben. Der Redner formulierte sodann die notwendigsten Forderungen: Einbeziehung der Kurzarbeiter in die Unterstützung, sowie die der nichtversicherungspflichtigen kaufmännischen Angestellten, Verabschiedung eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes und durchgreifende Maßnahmen, damit der § 165 der Reichsverfassung „Schutz der Erwerbslosen vor wirtschaftlicher Not“ nicht nur auf dem Papier stehe. Die Unterstützungsgesetze seien überhaupt völlig unzureichend. Die Arbeitslosigkeit des jugendlichen habe ihre besondere Seite. Sie unterbreite nicht nur die Ausbildung in bedrohlichem Maße, sondern gefährde ihn auch sittlich und moralisch.

Nach einer kurzen Diskussion, in der u. a. die Genossin Todenhausen sprach, wurde folgende Resolution angenommen: „Die Mitgliederversammlung der S.A.J. Berlin begrüßt den Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion vom 20. Januar 1925 zur Frage der erwerbslosen Jugend. Der Inhalt des Antrages drückt sich völlig mit den Forderungen der Organisation. Die S.A.J. erhebt in der gleichen Forderung der freien Gewerkschaften (A.D.B.-Ordnungsschutz und A.J.-Ordnungsschutz) eine energische Unterstützung zur Durchführung der notwendigen Maßnahmen und zur Einberufung der großen Not der erwerbslosen Jugend. Es wird allen Mitgliedern unserer Organisation zur Pflicht gemacht, überall im Sinn des Antrages zu wirken.“

Das Unglück in der Kirchstraße.

Drohende Einsturzgefahr des Hauses.

Die Aufräumungsarbeiten an der Unfallstelle begegnet im Augenblick sehr großen Schwierigkeiten, da, wie wir erfahren, die Gefahr eines Einsturzes des ganzen Hauses von Stunde zu Stunde größer wird. Die Feuerwehr mehrte aus diesem Grunde gestern mittag zur Uf gezogen werden und hat auch heute ihre Tätigkeit noch nicht wieder aufnehmen können. Um die im Keller arbeitenden Feuerwehrleute zu schützen, hatte man die Westmauer durch starke Holzbohlen abgedeckt, doch zeigte es sich nach wenigen Stunden schon, daß die Balken dem ungeheuren Druck, der sich immer weiter überwindenden Rauer nicht gewachsen waren, sondern anfangen, sich in ihren Lagern zu drehen. Sorgfältige Messungen ergaben, daß die Westmauer innerhalb eines Tages sich um 10 Zentimeter, die Vorderwand des Hauses um etwa sechs Zentimeter übergeneigt haben. Die Abstützungsarbeiten werden mit tieferhafter Beschleunigung weitergeführt und sobald sie vollendet sind, wird man die gesamte Westmauer und auch das Vorderhaus schnellstens abtragen. Wegen der hohen Einsturzgefahr werden auch wahrscheinlich die letzten Mieter des Hauses, die den einen Seitensüßgel bebwohnen, ihr Heim räumen müssen, da die Strebemauern des Hauses Risse zeigen, die sich von Tag zu Tag vergrößern. Heute vormittag ist wiederum eine Kommission mit der Untersuchung der Schuldfrage tätig gewesen. Die Arbeiter leiden jedoch darunter, daß man noch immer nicht an die wichtigste Stelle, nämlich an das offenbar defekt gewordene Gasrohr unter dem Manschen Boden herantann.

Trotz aller Bemühungen der Berliner Polizei war es bis in den heutigen Morgenstunden nicht möglich, das vermehrte Ehepaar Müller, das an dem Unglücksmorgen im Hause Kirchstraße 9 bei einer Familie zu Besuch weilte, aufzufinden. So verbreitete sich das Gerücht, daß beide Eheleute wahrscheinlich tot unter den Trümmern liegen. Wie wir aber erfahren, hat sich das Ehepaar Müller gegen 11 Uhr vormittags auf der Polizei gemeldet.

Die Geschäftsleute der Kirchstraße in Moabit, vor allem die Inhaber der kleineren Läden, sind durch die Straßenperierung empfindlich geschädigt worden. Viele von ihnen hatten schon dadurch Schaden erlitten, daß ihnen bei der Explosion die Schaufenster zerstört, die Ladeneinrichtung arg beschädigt und die Ware zum Teil vernichtet wurden. Durch die dann über die Straße verhängte Sperre, die nicht nur den Wagenverkehr, sondern auch den Fußgängerverkehr unterband, ist den Läden auch die Kundschaft ferngehalten worden. Nachdem die Sperre aufgehoben worden ist, atmen die Ladeninhaber auf, und sie rechnen auf um so reaktiven Besuch ihrer Läden.

Entretung der Konfessionslosen.

Eine recht besorgende Rolle hat das Jugendamt in Zehlendorf in einer Kinderpflegesache zu spielen übernommen. Ein Ehepaar in Wannsee hatte den Wunsch, ein Kind in Pflege zu nehmen, also jedenfalls ein Wunsch, der für sozial-sittliches Wohlens spricht. Die Familie wandte sich deshalb an das Jugendamt Spandau und erhielt von hier auch ein Kind überwiesen, das sich bald bei der Familie eingewöhnte. Später wurde das Kind dem Jugendamt Zehlendorf zur Beaufsichtigung übergeben. Eines Tages kam eine Schwestern vom Jugendamt Zehlendorf, erkundigte sich nach dem Kind und fand auch alles in schönster Ordnung. Wie erstaunt aber waren die Pflegerinnen, als sie bald darauf vom Jugendamt Zehlendorf die Mitteilung erhielten, daß ihnen das Kind wieder abgenommen werden müsse und zwar unter Berufung auf den § 5 der Richtlinien des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg vom 30. Juli 1925, nach welcher Pflegerinnen, soweit wie irgend möglich bei Pflegerinnen der gleichen Konfession unterzubringen sind, meinte es, daß diese Bestimmung nicht erfüllt worden sei, und verlangte kategorisch, daß das Kind an das Jugendamt Spandau zurückgegeben werden müsse.

Diese Maßnahme erfolgte also lediglich aus dem Grund, weil die Pflegerinnen nicht mehr der Kirche angehörten (Sozialdemokraten sind sie übrigens auch). Sie haben aber gleichwohl dafür gesorgt, daß das Kind zur Bibelkunde und zum Religionsunterricht gina. Als das Kind hörte, daß es von seinen Pflegerinnen, die es lieb gewonnen hat, wieder fort soll, erlitt es eine schwere seelische Erschütterung. Mit seinem unerhörten Vorgehen macht sich das Zehlendorfer Jugendamt eine Kinderbeurteilung der Konfessionslosen an, die unerträglich ist.

Explosion in einer Filmfabrik.

Wegen einer Explosion wurde am Donnerstag vormittag die Berliner Feuerwehr nach der Friedrichstraße 12 alarmiert. Dort hatten sich in einem Kellerraum der Lothar-Filmgesellschaft, wo angeblich vorchriftswidrig Filmstreifen gelagert wurden, solche Streifen entzündet. Durch eine Druckwelle wurden sämtliche Kellerräume im dritten Stock eingedrückt und großer Schaden verursacht. Die Feuerwehr unter Leitung des Oberbranddirektors Gemppe war schnell zur Stelle und es gelang glücklicherweise die fürchtbare Gefahr zu beseitigen.

Zusammenbruch der Komischen Oper?

Wegen den Direktor der Komischen Oper, James Klein, ist vom Amtsgericht Berlin-Mitte ein Haftbefehl erlassen worden, um ihn zur Leistung des Offenbarungseides zu zwingen. Direktor Klein ist heute morgen wieder in Berlin eingetroffen, um mit seinen Gläubigern ein Arrangement zu treffen. Klein hofft, noch im Laufe des heutigen Tages zu einer grundlegenden Verständigung zu kommen, so daß der gegen ihn schwebende Haftbefehl dann aufgehoben würde. Nur unter dieser Voraussetzung will er, der vorläufig durch seinen Anwalt mit dem Personal und den anderen Gläubigern Fühlung genommen hat, verhandeln. Nach seiner Angabe bestreite keine Gefahr, da Forderungen in Höhe von 150 000 Mark Aktien gegenüberständen, die — immer nach seiner Angabe — das Sechsfache bis Siebenfache der genannten Summe übersteigen.

Verkehrsstörung auf der Hochbahn.

Auf der Hochbahnstrecke Gleisdreieck—Hallesches Tor, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Mörkertbrücke, entstand heute vormittag kurz vor 12 Uhr eine sehr empfindliche Verkehrsstörung. Aus bisher noch unbekannter Ursache sprang der Schlusswagen aus den Schienen. Der Wagen sperrte das Gleis und der Verkehr erlitt eine erhebliche Störung. Der Fahrgast des Unglücksjuges bemächtigte sich eine starke Erregung. Ein Gerätezug hob die Störung, so daß gegen 1 Uhr der Verkehr wieder fahrplanmäßig durchgeführt werden konnte.

Wintersport im Freibad Wannsee.

Eine Fahrt nach dem Freibad Wannsee lohnt sich auch jetzt im Winter. Natürlich sollen die auf den Platzen angeordneten Strand- und Wellenbäder fort, dafür gibt es aber eine Eisbahn, die sich sehen lassen kann und eine Rodelbahn, die direkt „anorte“ ist. Die Geschäftsleitung dieser städtischen Sport- und Erholungsanlage hat den Strand planieren lassen und für den Ausbau und die Sportgeräte Anlage der Rodelbahnen gesorgt. Es war ein reichliches Stück Arbeit, den schräg zum Wasser abfallenden Strand wagemutig aufzuschuppen. Wenn man die Aufsichtsbemanten darauf aufmerksam macht, daß doch dieselbe Arbeit, nur umgekehrt, im Frühjahr wiederholt werden müsse, beschwichtigen sie schnell: das machen die Berliner alleine, den Sand haben sie schnell wieder in Wasser geschleppt! Und die Verwaltung spart den Kreditlohn. Der Besuch ist durchaus gut. Wochentags sind es meist Schulaner, aber Sonntags kommen die Berliner in hellem Scharen. Dabei braucht aber keiner Furcht zu haben, etwa keinen Platz mehr zu bekommen: das Freibad ist groß und der Genusssand noch größer. Ein preiswerter Restaurationsbetrieb sorgt für die Verpflegung — nur Grog gibt es nicht. Der Stadtausschuss hatte zwar eingesehen, daß ein heißer Grog beim Wintersport sehr dienlich sein kann, aber die Polizei verweigerte die Genehmigung zum Ausschank.

Der Film „Frieses Volk“ kommt zur Verführung: Vom 20. Jan. bis 1. Febr. Nordische Lichtspiele, Eminentend-Str., Plappon-Lichtspiele, Charlottenburg, Berliner Str. 101; 22. bis 28. Jan. Carlo-Lichtspiele, Spandauer Str. 44; 5. bis 8. Febr. Bekend-Lichtspiele, Charlottenburg, Spandauer Str. 31; 9. bis 16. Febr. Schiller-Lichtspiele, Plötzensee, Schillerstr. 8; 9. bis 15. Febr. Welt-Kino, Lichtberg, Borsigener Chaussee; 12. bis 18. Febr. Luna-Lichtspiele, Kreuzberg, Keller-Friedrichstr. 155/59; 12. bis 18. Febr. Actus-Lichtspiele, Moabit, Verlegerer Str.; 19. bis 25. Febr. Moderne Lichtspiele, Lichtberg, Wilhelmstr. 78/79; 19. bis 22. Febr. S. K. L. Waidauer Str.; 8. bis 11. Febr. Unterhimm-Lichtspiele, Teltow-Alliance-Str.; 16. bis 18. Febr. Kreppler Lichtspiele, Baumgartenweg.

Männerchor Harmonie, Charlottenburg, Freitag, 22. 1925 die Neujahrskunde aus; bald Verammlung im Vereinslokal, Schloßstraße 45. Programm-Kundsendung! Nächste Neujahrskunde, Montag, 25. in der Aula.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

106. Abt. Köpenick. Unser alter Parteiveteran, Genosse Rudi Richter, Rabener Straße 28, ist verstorben. — Einäschung am Freitag, den 22. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg. — Wir erwarten zahlreiche Beteiligung.

Sport.

Endkampf.

Der Schluß des Sechslagerrennens.

Das war ein Endkampf! ... Nach lange wird er in den Gliedern der vielen Tausenden nachzittern, die ihn erlebten. Die routinierteste Regie hätte die Spannung nicht geschickter erhöhen können, als es der Zufall tat: beide Favoritenpaare, die Amerikaner und die italienisch-deutsche Mannschaft, traten die letzte Stunde, jene lang erhoffte und auch vielfach gefürchtete Schlusssunde der ununterbrochenen, höherwertigen Spurts mit gleicher Punktzahl an! Und nun ging es los! Aber bald wurden die brodelnden Leidenschaft entseht, als man merkte, daß das belgische Paar Demoff-Stockeland, das übrigens am Schluß besser ging denn je, die Geschäfte der Amerikaner systematisch besorgte, die für die gleiche Fahrtrahmina fuhrten: wieder ein Schulbeispiel kapitalistischer Unanständigkeit auf Kosten des Sports. Als nun der große Poren, dessen Glanzzeit vorbei ist und der keine eigene Chance mehr besaß, demonstrativ dem Paar Rieger-Giorgetti zu Hilfe kam, bekam der Beifall und die Erregung vorübergehend einen etwas nationalen Einschlag. Es war gut und die höchste Zeit, daß die Belgier ihre Hilfsdienste daraufhin einstellten, die übrigens überflüssig waren: denn Mac Ramara und Horan waren die Besseren, das zeigte sich gerade in der letzten Wertesunde. Die kleineren und jüngeren Giorgetti und Rieger schlugen sich tapfer, ja heldenhaft, sie waren aber sichtlich erschöpfter als ihre Gegner. Aber noch ehe sie das Alter und die Erfahrung der geliebten Sieger erreichen, werden sie schon die Besseren sein. Dann aber werden schon wieder neue, jüngere Kräfte auf den Plan treten, die gestern vielleicht als Lehrlinge in der Zielkurve oder ganz oben saßen. Und diese neuen, heute noch unbekannteren Sieger von morgen werden denn selbst die Lieblinge des Publikums sein. So will es der Lauf der Zeit!

Das genaue Ergebnis des 15. Berliner Sechslagerrennens ist folgendes: 1. Reggie Mac Ramara—Harry Horan 569 Punkte; 2. Willi Rieger—Franco Giorgetti 509 Punkte; 3. Walter Hahn—Oskar Tieg 199 Punkte; 4. Alessandro Tonani—Walter Sawall 179 Punkte. 1 Runde zurück: 5. Maurice Dewolf—Henry Stockeland 330 Punkte; 6. Alois Resny—George Vandenhove 251 Punkte; 7. Fritz Baumann—Gottfried 213 Punkte; 8. Erich Müller—Emil Demanow 177 Punkte; 9. Willi Porenz—Franz Krupf 107 Punkte. Die gesamte Länge des Bahnstrecke beträgt 3604,640 Kilometer.

Gewerkschaftsbewegung

Die Bekämpfung der gewerblichen Unfallgefahren. Die Arbeiterschaft nur Objekt.

Um die Zusammenarbeit der staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten und der Beauftragten der Berufsgenossenschaften bei der Bekämpfung der Unfallgefahren in den gewerblichen Betrieben zu fördern, haben sich, einer Mitteilung des Amlichen Preussischen Pressedienstes zufolge, die genannten Aufsichtsgremien zu einer Arbeitsgemeinschaft für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zusammengeschlossen. Die von ihnen vereinbarten Grundsätze sehen insbesondere gemeinsame Betriebsbesichtigungen und Austausch von Beobachtungen auf dem Gebiete der Unfallverhütung vor. Im Hinblick auf die großen Vorteile, die aus dieser Gemeinschaftsarbeit für die Unfallverhütung erwachsen können, hat der preussische Handelsminister den staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten die Beachtung der erwähnten Grundsätze zur besonderen Pflicht gemacht.

Wenn die Vertreter der Berufsgenossenschaften auch ein natürliches Interesse an der Herabdrückung der Unfallziffer haben, so will uns doch scheinen, daß die am meisten dabei Interessierten die Arbeiter selbst sind. Schon deshalb wäre es notwendig und im Interesse der Unfallverhütung, daß auch die Vertreter der Arbeiterschaft bei einer solchen Arbeitsgemeinschaft mitbestimmen haben. Das ist aber auch zu fordern, weil die Arbeiterschaft es sich ganz entschieden verbitten muß, nur als Objekt von Vereinbarungen zwischen Behörden und Unternehmervertretern behandelt zu werden.

Verzweiflung der Landarbeiter.

Arbeitsvertrag, wie er nicht sein darf.

Die Flucht der Arbeiter aus der Landwirtschaft glauben die Agrarier durch die Anwendung von Zwangsmaßnahmen abzuwehren zu können. Wie die Agrarier diese Theorie in der Praxis anwenden, dafür zeugt ein Arbeitsvertrag, den wir unserem Chemnitzer Parteiblatt entnehmen. In dem Arbeitsvertrag, den ein Krieger-Gutsbesitzer Ernst Hoffmann in Oberzentersdorf, O.-L., seinen Dienstboten zur Unterschrift vorlegt, heißt es:

§ 2. Der . . . verpflichtet sich, die ihm übergebenen zwei Vierde gewissenhaft und pfeiflichmäßig zu behandeln, zu füttern und zu warten, allen Anordnungen des Gutsbesizers oder seines Stellvertreters unbedingt Folge zu leisten, alle ihm aufgetragenen Arbeiten, auch solche ohne Pferde, willig, fleißig und ordnungsgemäß auszuführen. Während der Ernte und in anderen dringenden Fällen ist er verpflichtet, auch Sonn- und Feiertags außerhalb der Arbeitszeit zu arbeiten.

§ 3. Die Arbeitszeit dauert vom 1. April bis 1. Oktober von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. — Der . . . verpflichtet sich, jeden Morgen zwei Stunden vor der festgesetzten Arbeitszeit mit der Fütterung und Pflege der ihm anvertrauten Pferde zu beginnen, ebenso mittags und abends die zum Füttern vorgeschriebene Zeit von einer halben Stunde innezuhalten.

§ 4. Besondere Dienstvorschriften. Der unterzeichnete . . . verpflichtet sich: 1. die ihm anvertrauten Pferde sorgfältig zu behandeln und durch gewissenhafte Pflege und Fütterung ihre dauernde Leistungsfähigkeit zu erhalten, bei roher Behandlung zur Vermeidung sofortiger Entlassung einen Geldbeitrag von 3 Mark in die Kassenkasse zu zahlen. Futter jeder Art, sowie Strohkreu selbst heranzuholen und den Stall mit täglich nach Vorschrift zu besetzen, das von ihm benutzte Inventar sorgsam zu behandeln und stets an den dafür bestimmten Platz aufzubewahren, dessen Instandhaltung und Ersatz rechtzeitig an zuständiger Stelle zu beantragen und mitwillig oder fahrlässig beschädigte bzw. verlorene Gegenstände zu ersetzen, die Beistrafung sich selbst zu halten.

§ 5. Aus „wichtigen Gründen“, zu denen insbesondere Diebstahl, Trunksucht, Widergesetzlichkeit, beharrlicher Ungehorsam, Anreizung der Mitarbeiter zum Vertragsbruch wie auch schlechte Behandlung der Tiere gehören, ist der Gutsbesitzer berechtigt, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist den . . . zu entlassen. In diesem Falle hat . . . nur den bis zum Tage der Entlassung verdienten Lohn zu beanspruchen. Die Wohnung ist bei sofortiger Entlassung binnen drei Tagen zu räumen.

§ 9. Im Falle des Verkaufes oder des Verpachtens des Gutes ist der Gutsbesitzer berechtigt, mit dem Käufer oder Pächter dessen Eintritt in diesen Vertrag zu vereinbaren, ohne daß es der Zustimmung des . . . bedarf. Und der § 10 ist ein Beweis von der königstreuen Gesinnung unserer Agrarier, denn er lautet: „Für alle aus diesem Arbeitsverhältnis etwa entstehenden Rechtsstreitigkeiten ist das Königl. Amtsgericht Groß-Schönau zuständig.“

Wilo eine fünfzehn- bis sechzehnstündige Arbeitszeit, denn die Pflege und das Füttern der Pferde ist nicht gerade eine Erholung. Wer die früheren Gefährdungen kennt, wird finden, daß viele der vorstehend wiedergegebenen Bestimmungen fast wörtlich mit dem Text der Gefährdungen übereinstimmen. Das beweist, daß der Deutsche Landarbeiterverbund durchaus im Recht ist, wenn er immer wieder behauptet, ein Teil der landwirtschaftlichen Unternehmer sehen mit wahrer Wollust wieder den alten empfindenden Sklavenzustand herbei. Man spricht von dem Schuß der landwirtschaftlichen Pro-

duktion und meint dabei die Verflaumung des schaffenden Menschen. Daß sich der in dem Vertrag zum Sklaven erniedrigte Landarbeiter die Peitsche selber halten muß, wirkt wie ein Symbol. Wir fragen: Ist es nicht Pflicht der Regierung, die Landarbeiter vor einer solchen Verflaumung zu schützen?

Bezirkskonferenz des AFD-Bundes.

Der AFD-Bund, Bezirksortell Brandenburg, hielt am Sonntag, den 17. Januar, unter zahlreicher Beteiligung aus der ganzen Provinz in Kottbus seine erste Bezirkskonferenz ab.

Der Vorsitzende des AFD-Bundes, Genosse Stähr, behandelte in einem großzügigen Referat das Thema: „Die Wirtschaftslage und die Angestellten“. Ueber die Bildung und Tätigkeit des Bezirksortells gab der Geschäftsführer des Kartells, Bell, einen ausführlichen Bericht. Die Hauptaufgabe des Kartells war es bisher, die schon bestehenden Ortsortelle mit frischem Leben zu erfüllen und in all den Orten, in denen sich die Ortsgruppen der AFD-Organisationen noch nicht zusammengefunden hatten, Ortsortelle zu gründen. Aus diesem Gebiet sind erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen, so daß es bei der nächsten Konferenz wohl kaum noch einen Ort in der Provinz Brandenburg mit vorhandenen Angestelltenorganisationen geben wird, in dem nicht ein AFD-Ortsortell besteht. Besonderer Wert wurde auf die Zusammenarbeit mit den Körperschaften des AFD-B. gelegt.

Ueber die Aufgaben der Ortsortelle sprach Günther vom Sutab. Er betonte besonders, was notwendig es für die Angestellten sei, ihre Klassenlage zu erkennen, damit es in Zukunft verhindert wird, daß die Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft von einzelnen Gruppen oder einzelnen Richtungen in der Angestelltenbewegung abgelehnt wird. Das Unternehmertum sorgt durch seine stetigen Maßnahmen allerdings dafür, daß den Angestellten des Bewußtsein ihrer Klassenlage eingedämmert wird.

Die von etwa 200 Delegierten und Beauftragten der Ortsortelle besuchte Konferenz ist als der Auftakt zu neuen organisatorischen Kämpfen für die freie Angestelltenbewegung ein erfreulicher Erfolg gewesen.

Um den Schiedspruch im Bankgewerbe.

Zu unserer Notiz im heutigen Morgenblatt erhalten wir vom Allgemeinen Verband der Bankangestellten noch folgende ergänzende Mitteilung:

In den Verhandlungen wurde den Arbeitnehmerorganisationen zugemutet, sich damit einverstanden zu erklären, bei gleicher Gehaltsregelung, wie sie der Schiedspruch vorsieht, eine Ueberstundenentlohnung erst nach der 52%. Wochenstunde eintreten zu lassen. Uebereinstimmend wurde von sämtlichen Angestelltenorganisationen eine derartige Anregung als vollkommen und diskutabel bezeichnet und daraus verlesen, daß die Angestelltenorganisationen trotz der unzulänglichen Gehaltsregelung gerade aus dem Grunde den Schiedspruch angenommen hätten, weil er endlich die Arbeitszeitregelung im Bankgewerbe fortschrittlicher gestalte und damit gleichzeitig einen wirkungsvollen Kampf gegen den Abbau der Bankangestellten ermöglichte. Die Organisationen hätten einstweilen zu dem Arbeitseinstreiter das Vertrauen, daß er sie in diesem Kampfe durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches, so wie er lautet, unterstützen werde. Im anderen Falle sei der Reichsarbeitsvertrag für das deutsche Bankgewerbe durch die unangenehme Haltung des Arbeitgeberverbandes endgültig zerfallen und mit einer Reihe blühender und betrieblicher Kämpfe und Auseinandersetzungen im Bankgewerbe zu rechnen.

Die „Zeithilfe“ in Gemeindebetrieben.

Ein Krankenpfleger, der zehn Jahre im Dienst der Stadt Berlin tätig war, wurde im Jahre 1923 entlassen, weil er wegen Beteiligung an einem Zusammenstoß mit Streikbrechern, den das Gericht als Landfriedensbruch aufgefaßt hatte, unter Zustimmung von Bewährungsfrist zu einer Gefängnisstrafe verurteilt war. Im Jahre 1924 wurde der Pfleger wieder in der Irrenanstalt Buch eingestellt und zwar auf „Zeithilfe“. Hiermit wird ein Arbeitsverhältnis bezelant, das sich von einem dauernden Arbeitsverhältnis dadurch unterscheidet, daß dieses mit monatlicher, jenes aber im ersten Monat mit täglicher und dann mit 14tägiger Kündigungsfrist gelöst werden kann. Als das neue Arbeitsverhältnis des Pflegers nach längerer Dauer beendet war, wurde er bald darauf in der Irrenanstalt Buch wieder auf „Zeithilfe“ eingestellt und neuerdings nach 14tägiger Kündigung wieder entlassen.

Diese Entlassung löst der Angestelltenrat durch Klage beim Gewerbegericht als unbillige Härte an. Die beklagte Verwaltung vertrat den Standpunkt, die „Zeithilfe“ sei kein festes Arbeitsverhältnis, die Kündigung könne also nicht als unbillige Härte im Sinne des Betriebsrätegesetzes angesehen werden. Nur bei einem dauernden Arbeitsverhältnis sei die Berufung auf das Betriebsrätegesetz zulässig. Im übrigen liege die Entlassung des Klägers mit Rücksicht auf seine Bestrafung, die er im Jahre 1923 erlitten habe, erfolgt!

Das Gericht verurteilte die Beklagte, den entlassenen Pfleger wieder einzustellen oder ihm eine Entschädigung von 234 M. zu zahlen. Zur Begründung des Urteils führte der Vorsitzende, Magistratsrat Schulz, aus:

Der Kläger war als Zeithilfe auf unbestimmte Zeit eingestellt. Die Dauer seines Arbeitsverhältnisses war durch den Arbeitsvertrag nicht begrenzt. Demnach kann das Gericht nachprüfen, ob die Entlassung als unbillige Härte anzusehen ist, und es ist zu der Ansicht gekommen, daß hier eine unbillige Härte vorliegt. Mit der früheren Bestrafung des Klägers kann die Entlassung nicht begründet werden, denn er ist ja trotz seiner Bestrafung zweimal in die Irrenanstalt Buch wieder eingestellt worden. Daraus folgt, daß die Verwaltung ihn für fähig und geeignet hielt, den Dienst als Pfleger auch nach seiner Bestrafung zu versehen. Wenn der Kläger als Zeithilfe für eine bestimmte Zeit eingestellt worden wäre, dann hätte er nach Ablauf dieser Zeit ohne weiteres entlassen werden

können. Das Arbeitsverhältnis des Klägers unterscheidet sich aber von dem Arbeitsverhältnis anderer Angestellten nur durch eine kürzere Kündigungsfrist. Der Kläger konnte sich also wie jeder andere Angestellte auf § 84 B.R.G. berufen. Da die Lösung des früheren Arbeitsverhältnisses durch die Bestrafung des Klägers begründet war, konnte ihm für die Entschädigung nicht — wie er beantragt hatte — die ganze elfjährige Dienstzeit, sondern nur die 15 Monate der beiden letzten Arbeitsperioden angerechnet werden.

Die Berliner Eisenformer.

Ueber die augenblickliche Lage in den Berliner Eisengießereien sprach in einer Branchenversammlung der Eisenformer am Dienstag im Metallarbeiterverbandshaus der Branchenleiter Schröder. Er zeichnete zunächst ein Bild von den sonderbaren „Rationalisierungsmethoden“ der Unternehmer, wie sie in der bekannten Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie festgelegt sind. Die Rationalisierung laufe darauf hinaus, durch Mehrarbeit, Verminderung der Belegschaften, Lohnruks und Abbau sozialer Einrichtungen der Arbeiter, die Betriebe in Gang zu halten oder wieder in Gang zu bringen. An eine technische Umstellung und Verbesserung der Produktionsmethoden denke man nicht. Ein typisches Beispiel dafür seien augenblicklich die Eisengießereien. Anstatt die kleinen und wenig lebensfähigen Betriebe zusammenzufassen oder ganz aus der Produktion auszuschalten, lasse man diese Betriebe weiter vegetieren und schließe die großen und leistungsfähigen Betriebe. Es sei eine unbestrittene Tatsache, daß fast alle Berliner Eisengießereien technisch zurückgeblieben und stark erneuerungsbedürftig sind. Die wenigen noch nicht stillgelegten Eisengießereien versuchen ihre technische Rückständigkeit durch Lohnabbau weitzumachen, was ihnen auch teilweise in den Betrieben gelungen ist, in denen ein schlechtes Organisationsverhältnis besteht. Die Gleichgültigkeit der Arbeiter räche sich in Krisenzeiten wie der jetzigen doppelt schwer. Es müsse daher die vornehmste Aufgabe der Berufsgenossen sein, trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit (von 2000 in der Branche Beschäftigten waren am 7. Januar 1400 arbeitslos) die noch abwärts stehenden für die Organisation zu gewinnen. Die nach in Arbeit stehenden Kollegen müßten aber darauf halten, sich ihre schwer errungenen Positionen nicht rauben zu lassen und jede von den Unternehmern geplante Verschlechterung dem Verband anzeigen. Der Metallarbeiterverband hat trotz der großen finanziellen Belastung infolge der Erwerbslosenunterstützungen noch keiner Gruppe die Sanktionen zum Wehrtkampf verweigert.

Die Ausführungen des Redners, die noch durch den Verbandsvertreter Koch I ergänzt wurden, sind durch die sachlichen Ausführungen der Diskussionsredner voll unterstrichen worden. In der Aussprache wurde noch besonders darauf hingewiesen, daß dem Bestreben der Unternehmer Widerstand geleistet werden müsse, die sogenannte Ausschufarbeit, deren Bezahlung durch das Ausschufabkommen geregelt ist, nicht mehr zu bezahlen. Zum Schluß fanden zwei Entschlüsse Annahme, gegen die Härtenabfindung und für Maßnahmen zugunsten der Erwerbslosen.

Besserung der Arbeitslage in Duisburg.

Duisburg, 21. Januar. (Rth.) Zum ersten Male ist hier in der Arbeitslosenbewegung eine Besserung festzustellen. Die Zahl der Erwerbslosen hat sich um rund 3000 vermindert, so daß sie jetzt 13 600 beträgt. Der Großindustrie, die einen Teil der Betriebe noch nicht wieder eröffnen konnte, gehört immer noch der größte Teil der Erwerbslosen an. Das ganzlich stillgelegte Bau-gewerbe hat 2000 Erwerbslose zu verzeichnen. Wird Reichslandsarbeiten können über 500 Arbeitslose beschäftigt werden.

Konferenz der Internationalen.

Paris, 21. Januar. (E.P.) Im Bureau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes tagte gestern eine aus Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Internationalen bestehende vorbereitende Konferenz für einen Internationalen Arbeitertag für Auswanderungsfragen.

Lohnbewegung der französischen Bergarbeiter.

Paris, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Nationalrat des französischen Bergarbeiterverbandes hat in einer Entschlüsse die Regierung aufgefordert, bei den Grubenbesitzern zugunsten einer sofortigen Lohnerböhung von mindestens 15 Proz. einzuwirken. Falls diese Forderung der Bergarbeiter nicht bis zum 31. Januar erfüllt sei, werde der Verbandsvorstand eine Abstimmung über die Proklamierung des Generalstreiks vornehmen.

Verantwortlich für Text: Carl Meurer; Wirtschaft: Erich Salterns; Gewerkschaftsbewegung: Richard Gabor; Redaktion: Dr. John Schilowski; Dolmetsch und Übersetzer: Paul Rastbach; Anzeigen: Ed. Meier; sämtlich in Berlin. Berlin: Norddeutsche-Verlags-Gesellschaft, Berlin. Druck: Norddeutsche-Verlags-Gesellschaft und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin 68, Lindenstraße 2.

Krause-Pianos
auf
Miete
Ansbacher Str. 1.
14a Vartheimstraße

Zahnpraxis „Ohly“
Ansbacher Str. 52 (am Wittenberg-Platz)
Tel.: Steinplatz 15122.

Stampfenden
jeder Zeit
in jeder Größe
Paul Gollets.
Garnische jeder Art
Marquettstr. 3.
Haut-Steinpl. 100/00

Garantie für kunstgerechte Anfertigung von Zahnersatz, Plomben in Porzellan, Gold, Kronen und Brücken. Schonendste Behandlung. Mäßige Preise. — Evtl. Teilzahlung.

Inventur-Ausverkauf zu staunend billigen Preisen Ermäßigung bis 50%
Leihhaus Moritzplatz 58a
Einen Posten Gummi-Mäntel Stück 12.50 M. Keine Lombardwaren
Radikaler Preisabbau! Damen-Halbschuhe 1.95. Herren-Halbschuhe 5.90.
Pelzmäntel 100.- Pelzjacken 75.- Sportpelze mit Op.-Futter 60.- Schoißpelze (früher 200.-) 100.- Kreuz-fächse 12.- Anzüge Serie I: früher bis 45.-, jetzt 18.- Serie II: elegant 31.50. Einen Posten Damen-Mäntel u. Kleider unglaublich billig

Billige Preise für Ball- u. Tanz Lackspangenschuhe französischer Absatz 9⁸⁰ 11⁸⁰ 12⁵⁰ 8⁹⁰
Wir bringen unserer werten Kundschaft wieder eine Reihe ganz besonders billiger Angebote in guter Ware. Unser Lager ist über 70 000 Paar.
Schuh-Lokal
Münzstrasse 25 * Schöneberg-Hauptstr. 160
Frankfurter-Allee 54 * Kottbuser-Damm 13
Herrenstiefel u. Halbschuhe moderner Formen, gute Lederarbeit 9.50, 11.50, 14.50 7⁹⁰
Orig. Goodyear-Welt Herrenstiefel aus rühmlichst bekanntem Fabrikat 12.50, die braune Halbschuhe 11⁸⁰
Herren-Sportstiefel Wasserdichte, sehr hübsch 14.50, schwarz 12⁸⁰
Damen-Spangenschuhe und Schnürschuhe kleine Größen, tolle braun 4⁹⁰
Alle Größen Orig. Goodyear-Welt Damen-Spangenschuhe, echt Chevreau, echt Box calf, erstklassiges Fabrikat 9⁸⁰
Mollig warme Kamelhaarschuhe und warme Damen- u. Kinderstiefel mit Lederverbräunung jetzt stark herabgesetzt
Bitte unsere 21 Schaufenster zu sehen.